

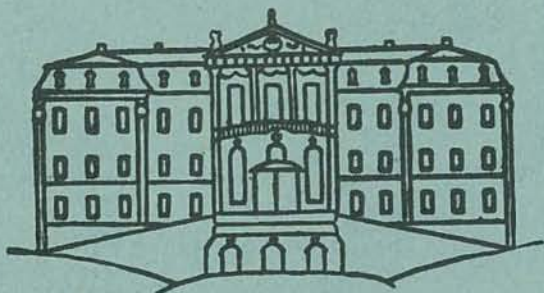
Schönschle

Hefte aus Burgscheidungen

---

Dr. Otto Nuschke

Koexistenz – das ist heute  
der Friede



122

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Dr. Otto Nuschke

Koexistenz - das ist heute  
der Friede

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

### Vorbemerkung

*Eine der letzten Reden, die Otto Nuschke vor seinem Tode am 27. Dezember 1957 hielt, war ein Vortrag vor einem Internationalen Studentenseminar an der Bergakademie Freiberg (Sachsen) am 7. September 1957. Otto Nuschkes Ausführungen, die wir hiermit zum ersten Male im vollen Wortlaut veröffentlichen, kreisten um das Grundthema der friedlichen Koexistenz von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme.*

*Obwohl auch in dieser Rede ein Vorzug der agitatorischen Wirksamkeit Otto Nuschkes stark zur Geltung kam, nämlich die unmittelbare Einbeziehung aktueller Ereignisse in die Analyse des prinzipiellen Problems, hat sie dennoch an „Aktualität“ heute nicht verloren. Im Gegenteil: die aufmerksame Lektüre wird zeigen, daß die klare Definition und Scheidung der Begriffe (etwa der Koexistenz der Staaten verschiedenen gesellschaftlichen Systems und der Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz) für unsere gegenwärtigen politischen und geistigen Auseinandersetzungen von außerordentlicher Bedeutung sind — dies um so mehr, als bestimmte Grundlinien der Politik des amerikanischen Imperialismus im Zeichen des Vordringens eines Goldwater heute wieder stärker in der Weise zur Geltung kommen, wie sie Otto Nuschke 1957 charakterisierte (so gehört auch der von ihm genannte Soziologe J. Burnham zum „Gehirntrust“ des Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei wie seinerzeit zu dem von J. F. Dulles).*

*Mit der Veröffentlichung des Seminarvortrags wird im übrigen einer Ehrenpflicht gegenüber dem Lehrer und Vater unserer Partei genügt, die darin besteht, seine Reden und Aufsätze zu rezipieren und sowohl unseren Unionsfreunden als auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.*

Günter Wirth



Spektabilität, Kommilitonen, liebe Freunde!

Wenn ich heute über das Problem der Koexistenz zu Ihnen sprechen soll, dann habe ich es zweifellos mit einem Thema zu tun, in dem alle politischen und geistigen Fragen unserer Zeit zusammengefaßt sind. Dieses Thema ist somit kein in engerem Sinne akademisches, seine Beantwortung ist daher auch nicht in einem abstrakten Sinne möglich, diese ist vielmehr gleichbedeutend mit einer politischen Stellungnahme, mit einer politischen Parteinahme.

Wenn in der letzten Zeit immer mehr eine Losung an Bedeutung gewinnt wie die, daß Koexistenz praktiziert werden müsse, wenn nicht die Noexistenz der Menschheit provoziert werden soll, dann haben Sie in dieser Losung das entscheidende Problem für das politische und geistige Leben aller Völker in dieser Zeit wie in einer Nuß zusammengefaßt. Vielleicht kennen Sie auch aus der deutschen Literatur jenen Begriff der Gretchenfrage, der Frage also, die Gretchen in Goethes Faust stellt und die da lautet: „Wie hältst du's mit der Religion?“ Die Gretchenfrage unserer Tage heißt zweifellos: Wie hältst du's mit der Koexistenz?

Wenn man die weltpolitischen Spannungen dieser Tage einer Analyse zu unterziehen versucht, dann wird man in seinen Urteilen nur dann wirklich schöpferisch sein können, wenn man die Ursachen der heutigen Spannungen in die geschichtlichen Zusammenhänge der Weltpolitik der letzten Jahre einordnet. Eine Isolierung heutiger Spannungen von den bestimmenden Elementen der weltpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte würde zu Fehlurteilen führen, und solche Fehlurteile sind in der Politik in der Lage, falsche Orientierungen und damit falsche Positionen für das gesellschaftliche Ringen der Menschheit zu schaffen. Und so kann es sein, daß derartige Fehlorientierungen Voraussetzungen für weltpolitische Katastrophen werden können. War die Weltöffentlichkeit nicht zutiefst überrascht, ja, erschüttert, als sie feststellen mußte, wie das deutsche Volk, das so gern als das Volk der Dichter und Denker bezeichnet wird, vom Faschismus in die Irre, in einen gefährlichen Krieg hineingeführt werden konnte?

Untersucht man also die weltpolitischen Spannungen von heute, so muß man sie mindestens in Zusammenhang bringen mit den Ereignissen, die zur Niederlage des Faschismus und



zur Befreiung der Welt vom Faschismus im Jahre 1945 geführt haben. Wie war es möglich, den Faschismus zu schlagen und den zweiten Weltkrieg zu beenden? Ich kann natürlich nicht alle Ursachen für diese Vorgänge anführen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf zweierlei hinweisen: erstens auf den Einsatz, die Kampf- und Opferentschlossenheit der Sowjetvölker und ihrer Armeen, zweitens auf die Anti-Hitler-Koalition der Sowjetunion und der Westmächte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zu Anfang der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts in der westlichen Welt eine unerhörte Sympathie für die um ihre Freiheit kämpfenden Sowjetvölker zu verzeichnen war — eine Sympathie, die letzten Endes dazu führte, daß sich die Regierungen der Westmächte entschließen mußten, die Völker der Sowjetunion in ihrem Kampfe gegen die faschistischen Aggressoren zu unterstützen. Die Gemeinsamkeit des Kampfes der Sowjetunion und der Westmächte, die natürlich nicht ohne Belastungen blieb, die durch die Inkonsequenz mancher westlicher Politiker schwerwiegenden Belastungsproben ausgesetzt wurde, war dennoch ein konstituierendes Element für den Sieg über den Faschismus. Und sie sollte auch ein konstituierendes Element für die Nachkriegspolitik werden.

In der Propaganda jener Tage wurde sehr viel mit einem Begriff operiert, der in der letzten Zeit kaum noch zu vernehmen ist; es war dies der Begriff der „One World“, der „einen, einzigen Welt“, die jetzt durch den Kampf der Anti-Hitler-Koalition geschaffen worden sei und die unter allen Umständen erhalten werden müsse. Zweifellos war die Gründungsversammlung der Vereinten Nationen 1945 in San Francisco noch von diesen Impulsen getragen, und es war die Absicht ihrer ehrlichen Gründer, zu denen trotz seines Todes im April 1945 Franklin D. Roosevelt gerechnet werden muß, in diesen Vereinten Nationen ein Organ für die One World zu schaffen, die UN also zu einem Friedensinstrument zu machen.

Diese Vorgänge im globalen Maßstab wiederholten sich auch im nationalen Maßstab. Wenn für die Weltpolitik das Prinzip der One World noch 1945 konstituierend war, dann war für die nationale Politik der meisten europäischen Staaten das Prinzip antifaschistisch-demokratischer Einheitsfronten das Maßgebende. Im Widerstandskampf der humanistischen Kräfte in den Völkern Europas gegen den Faschismus hatte sich nämlich ein Gefühl der Gemeinsamkeit, der Solidarität herausgebildet, das auch fruchtbar gemacht werden sollte im Kampf für die innere Erneuerung der gesellschaftlichen Struktur der europäischen Staaten. Und so wie für die One World die Vereinten Nationen Instrument des Kampfes um die Neuordnung der Welt und um den Frieden werden sollten, so für die

innere Erneuerung der europäischen Staaten antifaschistisch-demokratische Einheitsregierungen.

Ist es denn ein Zufall gewesen, daß der Führer der Kommunistischen Partei in Frankreich, Maurice Thorez, bis 1947 stellvertretender Ministerpräsident Frankreichs gewesen ist? War es weiter ein Zufall, daß der Vorsitzende der italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, lange Zeit Justizminister antifaschistisch-demokratischer Einheitsregierungen in Italien war? Ist es weiter ein Zufall, daß sich in den osteuropäischen Staaten eine Politik verschiedener Parteien herausbildete, die wir schon 1945 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone auf die Formel der demokratischen Blockpolitik gebracht haben? Ich glaube, mit Recht sagen zu können: diese Tatsachen und viele andere mehr waren nicht zufällig. Sie waren vielmehr logisch, sie entsprachen den Interessen der Völker, und sie standen auch in Übereinstimmung mit den Entscheidungen und Beschlüssen der großen Drei, die in Jalta und dann 1945 in Potsdam gefaßt wurden.

Um der Wahrhaftigkeit willen muß freilich sofort hinzugefügt werden, daß schon im Jahre 1945 jene Kräfte sich zu formieren begannen, die nicht die One World, die vielmehr die Spaltung der Welt wollten. Es ist bekannt geworden, daß wenige Tage nach dem Tode Roosevelts, also noch in einer Zeit, da die Sowjettruppen die letzten Reste des Faschismus liquidierten, reaktionäre amerikanische Senatoren mit Vandenberg an der Spitze eine politische Konzeption ausarbeiteten, die sich gegen die Sowjetunion und die sich gegen das gemeinsame Vorgehen der Großmächte in den Vereinten Nationen richtete. Der bedeutende westeuropäische Publizist L. L. Mathias hat darüber in seinem Buche „Das geordnete Chaos“, das sich mit der jüngsten amerikanischen Geschichte beschäftigt, genau belegte Mitteilungen gemacht.

Man muß bedenken, daß Vandenberg und andere amerikanische Politiker diese Konzeption beinahe an dem gleichen Tage ausarbeiteten, an dem in der Goebbelschen Zeitung „Der Angriff“ vom 22. April 1945 von Chefredakteur Dr. Kriek geschrieben wurde: „Es ist Deutschlands Aufgabe, den Boden Europas soweit wie möglich vom Bolschewismus frei zu halten oder aber die Voraussetzung für eine Wiederbefreiung zu schaffen. Wir haben alles getan und nichts versäumt, um den europäischen Völkern klarzumachen, daß die uns vom Schicksal gestellte Aufgabe sie genauso umfaßt wie uns. Wir können nicht mehr fragen, wir können auch nicht mehr warten, bis über unsere Freunde im Westen der Schrecken des Grauens vor ihrer eigentlichen politischen Dummheit kommt.“

Das war die klare faschistische Spekulation auf die Unterstützung der Westmächte gegen die Sowjetunion. Ist es nicht



bestürzend zu sehen: Im selben Augenblick, da die Völker Europas über den Faschismus triumphieren, geben der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses Vandenberg und der Chefredakteur eines in der Agonie befindlichen nazistischen Blattes Erklärungen ab, die im Endergebnis auf dasselbe Ziel hinauslaufen, auf eine antisowjetische Politik, auf die Spaltung der Welt, auf die Liquidierung der Errungenschaften des antifaschistischen Kampfes der Völker unserer Erde!

Unter dem Eindruck der großen Opfer, die das Sowjetvolk im Kampf gegen den Faschismus gebracht hatte, und angesichts des Triumphes der besten politischen Kräfte in allen Völkern über den Faschismus war es natürlich nicht möglich, eine solche antisowjetische Konzeption schon im Jahre 1945 in die Wirklichkeit umzusetzen bzw. die gesamte Propaganda des Westens auf eine solche Konzeption zu orientieren. Man mußte noch eine Zeitlang von der „vollen Einigkeit der Alliierten“ sprechen, ehe man damit beginnen konnte, die propagandistischen und politischen Offensiven gegen die Sowjetunion und deren Friedenspolitik zu richten.

Am Ende des Jahres 1946 und Mitte 1947 glaubte man dann, soweit zu sein. Im Herbst 1946 sprach der amerikanische Außenminister James Byrnes in Stuttgart, und er proklamierte dort die Absage an eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Alliierten. Mitte 1947 wurde der Marshall-Plan gestartet, mit dem nichts anderes beabsichtigt war als die Festlegung der Politik der europäischen Staaten auf die antisowjetischen Konzeptionen der reaktionärsten politischen Kräfte der USA.

In diesem Zusammenhang muß ich eine Einschaltung machen. Es ist den bürgerlichen Politikern der Westmächte zweifellos schwergefallen, an der Seite der Sowjetunion gegen einen Staat zu kämpfen, dessen soziale Struktur der der ihrigen verwandter war als die soziale Struktur der Sowjetunion. Es ist diesen Politikern weiterhin zweifellos schwergefallen, an der Seite der Sowjetunion gegen den Faschismus zu kämpfen, da sich doch in den zwanziger und dreißiger Jahren die gesamte Politik und Propaganda der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion und nicht gegen den sich entwickelnden bzw. an die Macht gekommenen Faschismus gerichtet hatte. Wie lange sträubten sich beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion auch nur diplomatisch anzuerkennen! Erst 1934 meinte die amerikanische Regierung, einen solchen Schritt gehen zu können.

Diese Tatsachen hängen zweifellos damit zusammen, daß die bürgerlichen Politiker und Ökonomen es nicht verwinden konnten, daß durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution von 1917 die Wende in der Geschichte der Menschheit politische

Wirklichkeit geworden war. Die bürgerlichen Politiker erkannten nur zu gut, daß es stimmte, was ein amerikanischer Schriftsteller, der Beobachter der Oktoberrevolution war, geschrieben hatte: Die Tage der Oktoberrevolution waren „Tage, die die Welt erschütterten“. Von jetzt ab konnte keine Macht- und Eroberungspolitik des Imperialismus ungestraft bleiben, von jetzt ab war auszurechnen, wann es mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf immer zu Ende sei.

Der ganze Haß der Bourgeoisie gegen die fortschrittlichen Ideen und Kräfte in der Menschheit richtete sich von jetzt ab auf die Sowjetunion, auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion und deren Führer. Der Antibolschewismus wurde — um mit Thomas Mann zu sprechen — zur Grundtorheit unserer Epoche. Dieser Antibolschewismus ist ein Zeichen geistiger Sterilität und politischer Impotenz. Alle Neuerungen, alles Streben nach der Verwirklichung humaner Werte wird in der antibolschewistischen Propaganda als kommunistisch verketzert. Das ist implizite ein großes Lob des Kommunismus. Offensichtlich drückt dieser die Hoffnung der Völker auf eine bessere Zeit, auf ein schöneres Leben am prägnantesten aus. Offensichtlich kämpft der Kommunismus am konsequentesten für das Glück der Völker, für den Frieden, und offensichtlich ist er auch der größte Feind alles Ewiggestrigen.

Das Bürgertum hat einmal die Politik als das Schicksal erklärt. Das war in jener Zeit, als es — jedenfalls in Frankreich und in Amerika — kühn die Fesseln des Feudalismus und des alten Kolonialismus sprengte und eine neue, bürgerliche Welt entstehen ließ; als es die alte Ordnung revolutionär beseitigte und neue soziale Formationen schuf, in denen sich die industrielle Revolution entfalten und neue Möglichkeiten des menschlichen Daseins schaffen konnte. Damals war das Bürgertum noch jung und kühn, damals trat es auf mit dem Anspruch, die Zukunft zu gestalten und die Menschenrechte zu repräsentieren. Damals entstand der große Gegensatz zum Feudalismus, und es war der Freiherr vom Stein, selbst ein Mann von Adel, der feststellte: „Wissenschaft, gute Sitten und Kapital werden künftig beim Bürgertum sein.“

Doch diese Zeiten sind vorbei. Das politische Schicksal des Bürgertums besteht darin, daß es die Volksherrschaft gegen die Monarchie und das Feudalsystem zu erstreben suchte, aber zugleich ein neues Ausbeutungsobjekt schuf: das Proletariat, das die Masse des Volkes ausmacht. Soziale Unterdrückung, Schaffung von Privilegien für die Bourgeoisie, Entstehung des Besitzbürgertums, Monopolisierung des Wirtschaftslebens, ökonomische und politische Expansion, Kolonialpolitik, imperialistische Kriege — das sind die Stationen, die zur Endstation des Niedergangs des Bürgertums, des Verrats an seinem eige-



nen Ursprung, auch an den von ihm geschaffenen Werten führte.

Heute sind es die revolutionären Kräfte, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution inspiriert werden, die die Zukunft der Menschheit repräsentieren, die eine neue menschenwürdige Gesellschaftsordnung aufbauen und die den Frieden in der Welt garantieren. Dabei darf nie vergessen werden, daß hinter dem Antibolschewismus die Fratze des Faschismus lauert, der Faschismus aber zum Terror drängt, zur Unterdrückung der Völker, zur Durchsetzung der Politik der Stärke und der Gewalt.

Ich mußte diese Bemerkungen machen, damit besser verständlich wird, wie es seit 1947 zu jenem kalten Kriege kam, der die Atmosphäre in der Welt vergiftete und Situationen schuf, in denen es durchaus möglich war, daß aus dem kalten Krieg ein heißer Krieg entstehen könne. Ich brauche nur zwei Stichworte zu nennen: Korea-Konflikt 1950 und Gefahr der Ausweitung des schmutzigen Krieges in Vietnam 1952.

Natürlich dürfen auch die Gefahren nicht übersehen werden, die schon in jener Zeit, speziell ab 1950, mit der Wiederaufrüstung Westdeutschlands verbunden waren. Aber jene Zeiten des Korea-Krieges, jene Zeiten des Kampfes in Vietnam und die Ereignisse um die chinesische Insel Taiwan haben ja dazu geführt, daß der amerikanische Außenminister John Foster Dulles in einem Interview darlegte, daß die amerikanische Politik darin bestünde, immer am Rande des Abgrundes vorbeizukommen und immer mit dem Atomkrieg zu drohen. Nun, verehrte Freunde, das ist eine Politik, die wirklich herausfordert dazu, daß man endlich jene Politik des Abenteuers ersetzt durch eine Politik der Verständigung, durch eine Politik der Koexistenz.

Aber nicht nur im globalen Maßstab wurde dieser kalte Krieg registriert, auch im nationalen Maßstab. Ich muß daran erinnern, welche Auswüchse die antikommunistische Hetze in vielen Ländern Westeuropas gehabt hat; ich muß darauf hinweisen, wie im Zusammenhang mit der Annahme des Marshallplanes durch die bürgerlichen Politiker Westeuropas jene antifaschistisch-demokratischen Einheitsregierungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, gespalten wurden, wie sich also die Spaltung der Welt auch in der Spaltung innerhalb der Nationen widerspiegelte. Diese nationale Spaltung brauchte nicht so weit zu gehen wie in Korea, Vietnam und Deutschland, wo sich diese im Entstehen zweier Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen ausdrückt. Im Grunde sind auch solche Länder wie Frankreich und Italien gespalten, nämlich gespalten in eine kleine Gruppe reaktionärer Politiker und ihrer Anhänger auf der einen Seite und in die Kräfte des Vol-

kes, die für die Wiedergeburt ihrer Nationen kämpfen, auf der anderen Seite.

Bei der Behandlung der Frage des Marshall-Planes wird allzuerst ein Gesichtspunkt übersehen, der dennoch von außerordentlich großer Bedeutung ist. Der Marshall-Plan sollte nämlich nicht nur die westeuropäischen Regierungen in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA bringen, er sollte auch die osteuropäischen Staaten, die unter dem Eindruck ihrer Befreiung durch die Sowjetunion eine neue gesellschaftliche Ordnung aufzubauen begannen, von diesem Wege abbringen. Diese Staaten, die z. T. jahrhundertlang in das Völkergefängnis der k. u. k.-Monarchie eingesperrt waren, sollten daran gehindert werden, die Straße in die Zukunft des Sozialismus zu gehen. Sie sollten statt dessen politische und militärische Stützpunkte der amerikanischen Spaltungspolitik werden. Charakteristisch für diese politische Konzeption war der Versuch des Februar-Putsches 1948 in der Tschechoslowakischen Republik, der durch die Wachsamkeit der Arbeiterparteien, der fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums und linkskatholischer Politiker verhindert wurde.

Der kalte Krieg konzentrierte sich nunmehr, vor allem von 1949 ab, auf die Schaffung politischer und militärischer Blocksysteme sowie auf die Errichtung militärischer Stützpunkte der USA in allen Teilen der Welt. Die amerikanische Presse stellt ja fest — und diese Feststellung wird bestätigt durch Kreise aus dem NATO-Hauptquartier —, daß Amerika gegenwärtig 920 Stützpunkte auf unserem Planeten besitzt, darunter 220 Stützpunkte unmittelbar gegen die Sowjetunion gerichtet. Und es war der Oberbefehlshaber der NATO, der General Norstad, der vor dem Senatsausschuß in Washington erklärte, daß die NATO, daß Amerika in der Lage sei, kraft seiner Stützpunkte, kraft seiner NATO-Politik die Sowjetunion von vier Seiten angreifen zu können.

Was die militärischen Blocksysteme betrifft, so ist das wichtigste und gefährlichste dieser Systeme das der NATO. Diese wurde 1949 geschaffen mit dem ausdrücklichen Ziele, alle politischen und militärischen Potenzen des Westens unter amerikanischer Regie zusammenzufassen, um auf solche Weise die Sowjetunion unter Druck zu setzen und den amerikanischen Einfluß in Europa auszudehnen. Amerikanische Soziologen, wie James Burnham, die keine andere Aufgabe hatten, als die amerikanische Politik „wissenschaftlich“ zu begründen, haben dafür den Begriff der „Liberation“ geschaffen. Wenn man bedenkt, daß diese „Befreiungspolitik“ im Schatten der am Ausgang des zweiten Weltkrieges auf Hiroshima und Nagasaki geworfenen Atombomben konzipiert wurde und verwirklicht



werden sollte, kann man erst ermessen, welche Gefahren für den Frieden in der Welt damit geschaffen wurden, welche Gefahren vor allem für die Sowjetunion entstanden, die immerhin die Hauptlast des zweiten Weltkrieges zu tragen gehabt hatte.

Die amerikanische militärische Strategie begann mit einer systematischen Einkreisung der Sowjetunion; zusätzlich bzw. im Zusammenhang mit den militärischen Paktsystemen der NATO, des SEATO, des Bagdad-Paktes usw. wurden nach amerikanischem Eingeständnis, wie ich schon sagte, über 920 Militärstützpunkte geschaffen, die zum Teil, wie in Kaschmir und Pakistan, unmittelbar den sowjetischen Staatsgrenzen vorgelagert wurden und noch sind. Mit Recht haben die sowjetischen Staatsmänner und Diplomaten immer wieder die Frage aufgeworfen, was denn die öffentliche Meinung in den USA erklären würde, wenn die Sowjetunion in Mexiko oder in irgendwelchen süd- oder mittelamerikanischen Staaten Militärstützpunkte aufzubauen versuchen sollte. Dann würde man wieder die sattsam bekannten Orgien der moralischen Entwertung zur Kenntnis nehmen müssen.

Vielleicht ist es paradox, aber es ist so: Die Phase des kalten Krieges ging im wesentlichen zu Ende, als die Sowjetunion im Jahre 1953 bekanntgab, ihre Experimente mit atomaren und thermonuklearen Waffen seien erfolgreich verlaufen. Diese Tatsache brachte die Strategen des kalten Krieges außer Rand und Band. Die Tatsache, daß es kein Monopol auf atomare Waffen mehr gab, schuf neue Situationen in der Weltpolitik; sie veränderte alle militärischen und politischen Gegebenheiten, mit denen bis zu diesem heißen Sommertag des Jahres 1953 gerechnet worden war. Äußeres Symbol für diese neuen Entwicklungsmöglichkeiten wurde der unter dem Eindruck solcher Meldungen und natürlich auch unter dem Eindruck der vietnamesischen Volksbefreiungsarmee herbeigeführte Waffenstillstand in Vietnam.

Es ist charakteristisch für die sowjetische Politik, daß sie mit der Bekanntgabe ihrer erfolgreich verlaufenen Versuche mit Atomwaffen keinen Zweifel darüber ließ, welche militärischen Folgen eine solche Entwicklung habe. Sie verknüpfte aber mit der militärischen Demonstration neue, positive politische Vorschläge, die auf nichts anderes hinausliefen als auf die Überwindung der weltpolitischen Spannungen, auf die Schaffung einer neuen Atmosphäre in der Weltpolitik. Diese Phase der Nachkriegsentwicklung ist bekanntlich mit dem Begriff des „Genfer Klimas“ umschrieben worden. Und Genfer Klima, das heißt doch nichts anderes als das Klima von Verständigung durch Verhandlungen.

Nun ist es nichts Neues, daß die Sowjetunion alle politischen Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen gewillt ist. Der Politik eines sozialistischen Staates ist es fremd, Druck auf andere Staaten auszuüben und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Im übrigen ist die Sowjetunion immer realistisch an die Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses herangegangen; sie hat ihre Außenpolitik also niemals von Wunschvorstellungen und von utopischen Leitbildern diktieren lassen. Andererseits hat die Sowjetunion die weltpolitischen Kräfteverhältnisse natürlich auch nicht als statisch betrachtet. Sie ignorierte beispielsweise nie die Tatsache, daß ein heute möglicherweise stabiler bürgerlicher Staat morgen in eine ökonomische und politische Krise gestürzt werden könnte, was internationale Krisen heraufzubeschwören in der Lage wäre. Außerdem war die Sowjetunion immer imstande, rechtzeitig die Dynamik bestimmter politischer und sozialer Kämpfe der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und der internationalen Arbeiterbewegung zu erfassen, weil sie in ihrer Außenpolitik die Dialektik von Volkskampf und Diplomatie berücksichtigte.

Die Politik der bürgerlichen Staaten war demgegenüber und mußte demgegenüber starr und steril sein, da sie sich ängstlich auf die Erhaltung von zumeist militärisch errungenen Positionen orientieren mußte und in zunehmendem Maße nicht nur von den Völkern isoliert wurde, sondern auch diplomatische Niederlagen einzustecken hatte.

Jene große Stärke und innere Kraft der sowjetischen Politik hat ihre für alle Menschen greifbare Formulierung in dem Begriff der Koexistenz von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme erhalten. Der Grundgedanke in der von Lenin stammenden Konzeption der Koexistenz ist der ungemein realistische: die heute in einer ganz bestimmten Zeit, unter ganz bestimmten Umständen existierenden Staaten gehören ihrem sozialen Charakter nach nicht zu ein und demselben gesellschaftlichen System. Die einen Staaten sind kapitalistische und die anderen sozialistische oder solche, die sich auf dem Wege zum Sozialismus befinden, dritte gehören zu einer Gruppe von Staaten, die gerade erst das koloniale Joch abgeschüttelt haben und gegenwärtig ihre nationale Souveränität über alles stellen, wobei die einen ihrer Struktur nach den sozialistischen Staaten näherstehen, während sich die anderen noch unter dem starken Einfluß ausländischer Monopole befinden. Um die Gegensätze zwischen den Staaten des sozialistischen und des kapitalistischen Systems nicht in kriegerische Explosionen ausbrechen zu lassen, sondern der Menschheit eine lange Periode friedlicher Zusammenarbeit, friedlichen Zusammenlebens zu ermöglichen, hat Lenin die von Anfang an konzipierte Frie-



denpolitik des revolutionären Rußland durch das Prinzip der Koexistenz konkretisiert und bereichert.

In einer Rede vor der Indischen Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit der Sowjetunion hat der Erste Sekretär der KPdSU, N. S. Chruschtschow, in Bombay am 24. November 1954 erklärt: „Ob es unsere Feinde wollen oder nicht, die Sowjetunion existiert. Aber sie existiert nicht nur, sondern sie wächst und entwickelt sich erfolgreich. Unsere Wirtschaft erstarbt, die Kultur entfaltet sich, und der Wohlstand des Volkes wächst. Und dies alles geschieht, obgleich wir genötigt sind, den Bedingungen Rechnung zu tragen, daß es Kräfte gibt, die uns feindlich gesinnt sind, die noch immer den Gedanken nicht aufgegeben haben, unser Land zu erwürgen. Dessen ungeachtet sind wir jedoch überzeugt, daß wir auch unter den gegenwärtigen Bedingungen aus dem friedlichen Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System siegreich hervorgehen werden. Wir haben unsere politische Linie, die uns von Lenin gewiesen wurde, niemals aufgegeben, und wir werden sie nicht aufgeben. Also gibt es nur eine Möglichkeit: die Koexistenz, die Koexistenz zweier Systeme, die Koexistenz des sozialistischen und des kapitalistischen Systems.“

Dieses Prinzip der Koexistenz ist die erlösende Idee in den weltpolitischen Auseinandersetzungen unserer Tage. Wenn dieses Prinzip auch schon von Lenin unmittelbar nach dem Sieg der Oktoberrevolution formuliert worden ist — seine geschichtsmächtige Kraft hat es in letzter Zeit erhalten, gerade in der Zeit, in der die politische Entwicklung in der Welt in jene Phase eintrat, die ich vorhin charakterisiert habe. Im Grunde erwies sich dieses Prinzip der Koexistenz als eine schöpferische Möglichkeit, unter den inzwischen neu geschaffenen Bedingungen in einer neuen Etappe der geschichtlichen Entwicklung zu dem Prinzip der „One World“, das mindestens 1947 aufgegeben worden war, zurückzukehren, bzw. genauer: die Einheit der Welt, den Frieden in dieser Welt unter neuen Bedingungen zu sichern. Die Sowjetunion praktiziert das Prinzip der Koexistenz in allen internationalen Verhandlungen, die in der Atmosphäre des Genfer Klimas stattfanden, und die Westmächte waren in diesem Klima gezwungen, sich mindestens taktisch auf die Dynamik dieser erlösenden Idee einzustellen. Wie wenig aufrichtig diese ihre Haltung war, sollte sich bald zeigen.

Doch zunächst möchte ich auf etwas anderes hinweisen: Im Zeichen der sowjetischen Koexistenzpolitik kam es von 1954 ab, vor allem aber 1955 und 1956 zur Lösung einer ganzen Reihe internationaler Streitfragen, wobei ich nur an die Lösung der Österreichfrage denke, also an die Annahme des österreichischen Staatsvertrages, der, nachdem er zwischen den

österreichischen Staatsmännern und den Vertretern der Sowjetunion abgeschlossen war, auch von den Westmächten akzeptiert wurde, oder an die Überwindung der Spannungen zwischen den sozialistischen Staaten und Jugoslawien. Einer der Protagonisten im Kampfe gegen die Sowjetunion, der westdeutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer, konnte in solchem Klima nicht umhin, nach Moskau zu reisen und diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR herzustellen.

In dieser Zeit kam es auch zu einem unerhörten Aufschwung der antikolonialen Befreiungsbewegung in Asien und Afrika, deren führende Repräsentanten im April 1955 in Bandung zusammentrafen und dort ihre Orientierung auf die fünf Punkte der Koexistenz beschlossen. Gleichzeitig nahm auch der Austausch von Parlamentsdelegationen von Staaten beider Systeme einen großen Aufschwung, desgleichen der Ost-West-Handel, der kulturelle Austausch und auch der von kirchlichen Delegationen.

Welch starke Dynamik das Prinzip der Koexistenz gerade in jener Zeit hatte, ging daraus hervor, daß nicht wenige bürgerliche Politiker und Kulturschaffende diesen Begriff aufnahmen und ihn als Ausgangspunkt der friedlichen Lösung der weltpolitischen Probleme bezeichneten. Charakteristisch dafür ist eine Äußerung des amerikanischen Kirchenmannes Dr. Nolde auf der Weltkirchenkonferenz in Evanston 1954: „Unser Hauptziel muß vorbehaltlos der Friede sein. Diese Entscheidung steht unwiderruflich fest. Eben deshalb sehe ich mich genötigt, als Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen den Begriff der Koexistenz aufzunehmen. Nur auf dieser Grundlage gibt es eine echte Alternative zum Krieg. Die Alternative zum Krieg kann nur im friedlichen Wettbewerb gefunden werden, mit aufrichtiger Hingabe an wachsende Zusammenarbeit.“ So dieser wichtige amerikanische Vertreter im Ökumenischen Rat der Kirchen. Auch der Heilige Vater nahm in verschiedenen Botschaften den Begriff der Koexistenz auf, wenn auch in vorsichtiger Weise und mit einigen Einschränkungen, die offenbar von einigen Mitgliedern des Kardinals-kollegiums gemacht worden waren.

Diese charakteristischen Beispiele für die Politik der Koexistenz demonstrieren mit der notwendigen Deutlichkeit, welche Möglichkeiten für die internationale Entspannung aus einer solchen Politik hervorgehen, welche Perspektiven für den friedlichen Weg der Menschheit sich aus ihr ergeben und welche Voraussetzungen sie für die Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Menschheit bietet. Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt: Die Koexistenz, das ist heute der Frieden. Und da die Koexistenzpolitik konzipiert und praktiziert wird



von der sozialistischen Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten, so kann man, und ich tue dies als Vorsitzender einer christlichen Partei, mit um so größerem Nachdruck hinzufügen: Sozialismus und Frieden sind identisch.

Es ist selbstverständlich, daß die Hauptvertreter der imperialistischen Politik und die Strategen des kalten Krieges dieser Entwicklung mit großer Besorgnis gegenüberstehen und daß sie darauf sannen, der Koexistenzpolitik Hindernisse in den Weg zu legen, mehr noch: die Koexistenzpolitik einzudämmen (containment!), den kalten Krieg von neuem zu beginnen und in der Atmosphäre dieses kalten Krieges erneut an die Verwirklichung ihrer Weltoberungspläne heranzugehen. Diese Phase der weltpolitischen Entwicklung, dieses „Genfer Klima“ ist daher nicht nur gleichbedeutend mit den großen Erfolgen in der Koexistenzpolitik der Sowjetunion, sondern auch mit verstärkten Anstrengungen der amerikanischen Militärs und des Außenministers Dulles, den NATO-Block zu stärken, ihn atomar auszurüsten und neue Ausgangspositionen für die Politik der sogenannten „Befreiung“ zu suchen.

Für uns Deutsche ist nun eine Feststellung nicht nur von großer Bedeutung, sondern auch mit einer nicht zu unterschätzenden Tragik verbunden. Die Frage nämlich, mit der John Foster Dulles und seine Assistenten den kalten Krieg zu erneuern trachteten, war die deutsche. Dulles und Adenauer versuchten zum Teil mit Erfolg, die Weltöffentlichkeit über den Charakter der deutschen Frage falsch zu orientieren und dementsprechend die Weltöffentlichkeit irreführen. Auf einmal waren in der Propaganda und Politik dieser Leute nicht die Westmächte, sondern die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten für die Spaltung Deutschlands verantwortlich, obwohl uns selbst ein Mann wie der frühere Militärgouverneur in Westdeutschland, Lucius D. Clay, bekannt hatte, daß die Spaltung die Vollendung der amerikanischen Kriegspolitik Deutschland gegenüber gewesen war.

In der Propaganda und Politik dieser Leute wurden auch die innerdeutschen Verhältnisse von den Füßen auf den Kopf gestellt. Gefährlich waren in solcher Sicht der deutschen Verhältnisse nicht die in Westdeutschland wieder an die Macht gekommenen Faschisten und Militaristen, die Hitlergeneräle Speidel und Heusinger, der SA-Mann Schröder und wie sie sonst alle heißen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte, die vom Faschismus verfolgt worden waren, die in faschistischen Konzentrationslagern gelitten, die den faschistischen Kriegsabenteuern sich widersetzt hatten und die nunmehr einen neuen Weg für das politische Schicksal unseres Vaterlandes bahnen wollten. Ich glaube, es ist daher von großer Bedeutung,

daß in diesem Seminar viele ausländische Studenten zusammengekommen sind, um unseren Standpunkt, den Standpunkt der antimilitaristischen und antifaschistischen Kräfte in Deutschland, kennenzulernen.

Während die Bundesrepublik und die Westmächte auf dem Standpunkt stehen, daß die deutsche Frage von den Großmächten gelöst werden müsse, sind wir der Meinung, daß die Lösung der deutschen Frage Sache der Deutschen selbst ist. Der Standpunkt des Westens ist identisch mit dem Versuch einer ausländischen Intervention in innere deutsche Angelegenheiten. Denn schließlich ist die Deutsche Demokratische Republik seit dem 20. September 1955 souverän, sie entwickelt sich in Übereinstimmung mit den Normen des Potsdamer Abkommens, die die einzige Basis von Rechten, besonders aber Verpflichtungen der Großmächte im Blick auf die Lösung der deutschen Frage darstellen, und vor allem hat die Regierung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates im Sinne ihrer souveränen Rechte immer von neuem der Bundesregierung Vorschläge unterbreitet, die den konstruktiven Ausweg aus der deutschen Spaltung zeigten.

Wenn die herrschenden Kreise in Bonn auf Grund des Verkaufs souveräner Rechte in dem Vertragswerk von Paris sagen, die Wiedervereinigung Deutschlands sei eine Sache der vier Mächte, so drückt sich darin doch ein testimonium pauperatis, ein Armutszeugnis ersten Ranges aus. Wo bliebe die Wahrnehmung unserer nationalen Verantwortung, wenn wir passiv den vier Mächten die große Frage der Wiedervereinigung Deutschlands überließen? Verehrte Freunde, wir würden zum Objekt der internationalen Politik, wir würden aufhören, völkerrechtliches Subjekt zu sein. Und darum kann ich es nicht verstehen, wenn sich gegen diese konfuse und ängstliche und zurückhaltende These nun von Westdeutschland her nicht stärkere Protestschritte melden. Es ist doch in der Tat kläglich, wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt: wir haben gar nichts zu sagen, sondern das ist ausschließlich Sache der vier Mächte. Wieviel besser hat das Chruschtschow formuliert, als er dem Sinne nach sagte: Gewiß, die vier Mächte wollen bei der Wiedervereinigung Deutschlands mitreden; aber wir respektieren das große deutsche Volk, es soll von selbst zueinanderfinden, und wir, die Siegermächte, wollen fördernd und helfend dabei zur Seite stehen! Ist das nicht eine viel grandiosere, auch — wenn Sie wollen — demokratischere Auffassung, die hier zum Ausdruck kommt, als jene, die von Adenauer und Ollenhauer vertreten wird, nämlich, daß es allein eine Angelegenheit der vier Mächte sei, Deutschland wiederzueinigen?



Während die Bundesrepublik und die Westmächte also auf diesem Standpunkt stehen, daß es Sache der Siegermächte sei, Deutschland wiederzvereinigen, und damit faktisch die Wiedervereinigung verhindern, wird — mit Hilfe von Geschichtsklitterungen — immer wieder behauptet, daß eigentlich der Widerstand gegen die Wiedervereinigung vom Osten ausginge. Nun, verehrte Freunde, ich glaube, die Erklärung, die die Deutsche Demokratische Republik jetzt über die Bildung eines Staatenbundes, einer Konföderation, abgegeben hat, beweist, daß es kein leeres Wort ist, das unser Ministerpräsident Grotewohl sprach, als er in dieser Erklärung sagte: „Wir sind nicht gewillt, die Spaltung Deutschlands als eine ewige Tatsache hinzunehmen, sondern wir sind gewillt, praktische Wege zu zeigen, wie Deutschland wiedervereinigt werden kann.“

Bonn hat auf diese unsere konkreten Vorschläge nichts Positives zu antworten gewußt, keine Gegenvorschläge gemacht; aber es hat erklärt, wir würden ja um 100 Jahre in der deutschen Geschichte zurückgeworfen werden, wenn wir einen solchen Staatenbund schaffen wollten. Verehrte Freunde, um wie viele Jahrhunderte hat uns denn Hitler mit seiner Politik zurückgeworfen? Und wenn wir jetzt diesen konkreten Weg zeigen, so ist das keine Illusionspolitik. Letzten Endes ist die Schweiz von einem Staatenbund, von einer Konföderation zur heutigen Eidgenossenschaft zusammengewachsen, Amerika ist den Weg von der Konföderation zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegangen. Es gibt also geschichtliche Beispiele für die Fruchtbarkeit unserer Vorschläge, für unsere Initiativen.

Verehrte Freunde, ich schätze es sehr hoch ein, daß mein Kollege Walter Ulbricht kürzlich in der Volkskammer sagte: „Schon am 1. Januar 1958 könnte die deutsche Wiedervereinigung beginnen.“ Wir errichten keine ideologischen Schlagbäume oder Hindernisse. Wenn wir in unserer Erklärung die Bedingung genannt haben, daß beide deutsche Staaten sich annähern sollen in der Ablehnung jeder atomaren Bewaffnung, der Lagerung von Atomwaffen durch die Besatzungstruppen; wenn wir weiter vorschlagen, daß die Wehrpflicht fallen soll, daß beide deutsche Staaten ihren Austritt aus Militärpakten vollziehen sollen, wir aus dem Warschauer Pakt und die westdeutsche Republik aus dem NATO-Pakt; wenn schließlich vorgeschlagen wird, wir sollten gemeinsam oder einzeln die Besatzungsmächte auffordern, den Boden der deutschen Heimat nun allmählich zu verlassen, — da handelt es sich doch um Fragen, die nicht die geringste weltanschauliche Relevanz hätten. Es handelt sich vielmehr um nationale Lebensfragen.

Ich glaube, wir können uns mit dieser unserer nationalen Politik auch international sehen lassen. Ich habe zu meiner

Freude aus dem Echo der Auslandspresse entnommen, daß gerade hierzu gesagt wurde: Grotewohl zeigt den realen Weg, während Brentano wieder mit den alten, abgelebten Kategorien formuliert. Das wurde in Westdeutschland, das wurde in der Auslandspresse gesagt, und es war die Zeitung des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito, die „Borba“, die ausdrücklich erklärte: „In diesem Streit um die deutsche Wiedervereinigung hat Grotewohl den realen Weg vorgeschlagen, ist er der Sieger geblieben.“

Es ist in der Tat von großer Bedeutung, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unsere Volkskammer hier gut zusammenstehen, diese Fragen gemeinsam vertreten, und wir haben in dieser unserer Auffassung eine wertvolle Unterstützung durch den Besuch Chruschtschows, Mikojans und Gromykos erhalten. Die Sowjetunion respektiert unsere nationale Initiative; sie macht sich nicht zum Vor mund oder zum Sprecher unserer Auffassungen; aber sie leiht uns ihre wertvolle Unterstützung.

Ich hatte vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß der Standpunkt des Westens in der deutschen Frage gleichbedeutend ist mit dem einer Interventionspolitik. Diese Interventionspolitik ist von expansiven Kräften in der amerikanischen Politik zum System erhoben worden; sie war nach dem Kriege im Marshall-Plan zu entdecken, sie war typisch für die Haltung der USA gegenüber Korea, und sie wurde in der Phase der internationalen Entspannung im Genfer Klima der sowjetischen Koexistenz-Politik entgegengestellt. Es war diese Interventionspolitik, die in der sogenannten „Ungarnfrage“ des vergangenen Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erlebte und die jetzt auch wieder im Nahen Osten merkwürdige Erscheinungsformen zeigt. Es ist für die Gehirne in Washington und Bonn eine ausgemachte Sache, daß Amerika selbstverständlich an alle Staaten der Welt Waffen liefern darf. Wenn aber die Sowjetunion einigen um ihre Befreiung kämpfenden Völkern Waffen liefert, so ist das eine Einmischung, so ist das der Vormarsch des Kommunismus ans Mittelmeer und dergleichen mehr, obwohl der syrische Staatspräsident Kuwatli sagt: wir sind Mohammedaner, wir sind keine Kommunisten.

Ich habe nicht die Absicht, mich in diesem Zusammenhang ausführlich über die „ungarische Frage“ auszulassen; letzten Endes ist sie eine Angelegenheit des ungarischen Volkes selbst. Aber auf einen Gesichtspunkt muß ich doch hinweisen: Immer dann, wenn irgendein Staat in der Welt Maßnahmen einleitet, die auf die Liquidierung ausländischer Monopole und auf die Gewinnung der nationalen Souveränität hinauslaufen, greifen die reaktionären Kräfte ein. Das war 1936 in Spanien festzu-



stellen, als dort eine Republik bestand, die fortschrittliche soziale Züge hatte; das war im Iran festzustellen, als Ministerpräsident Mossadegh die ausländischen Erdölgesellschaften verstaatlichte; das war in Guatemala der Fall, als Präsident Arbenz sich gegen den Einfluß der United Fruits wandte; das ist in den Machinationen gegen den indonesischen Staatspräsidenten Dr. Sukarno festzustellen; das erlebte seinen Höhepunkt in der Suez-Intervention der Engländer und Franzosen im Herbst vergangenen Jahres, und das soll sich offenbar im Nahen Orient wiederholen. Es gibt jetzt nicht nur den Begriff der Truman-Doktrin für Europa, sondern auch den der Eisenhower-Doktrin für den Mittleren und Nahen Osten.

Es ist die alte Geschichte, die eigentlich Jahrtausende alt ist. Sie wissen, daß der König Philipp von Mazedonien die Taktik verfolgte, die griechischen Städte immer dadurch einzunehmen, daß er einen mit Gold beladenen Esel hineinschickte. Im Grunde ist das die Methode, die Amerika heute noch praktiziert: auf der einen Seite Kriegsdrohung, auf der anderen Seite winkt man mit Dollaranleihen. Das wird aber seine Grenzen haben, und ich glaube, der amerikanische Steuerzahler wird das allmählich als ein sehr teures Vergnügen empfinden. Das prägt sich ja jetzt schon aus in den Beschlüssen des amerikanischen Kongresses, der die Anforderungen des Präsidenten Eisenhower an Auslandshilfe immerhin um den beträchtlichen Betrag von über einer Milliarde Dollar gekürzt hat. Nun, verehrte Freunde, da kann man nur sagen: vivant sequentes — es leben die Folgenden. Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht.

Diese Politik wird von Kräften betrieben, in deren Propaganda immer wieder versucht wird, der Sowjetunion vorzuerwerfen, sie mische sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, sie exportiere Revolution. Daß das genaue Gegenteil der Fall ist, beweist die von mir im einzelnen dargelegte Politik der Koexistenz, beweist das Verhältnis der Sowjetunion etwa zu seinem kleinen Nachbarstaat Finnland.

Die Westmächte haben die sogenannte Ungarnkrise nicht nur zum Vorwand genommen, um den kalten Krieg zu erneuern, sondern auch dazu, die militärischen Rüstungen des NATO-Blocks erneut zu verstärken und die Abrüstungsverhandlungen des Unterausschusses der UNO in London zu torpedieren. Dieses gefährliche Spiel der Westmächte ist von der zielstrebigsten Politik der Sowjetunion erneut durchkreuzt worden, indem die Sowjetunion vor wenigen Tagen bekanntgab, daß ihre Versuche mit der interkontinentalen Rakete erfolgreich verlaufen seien. Damit hat sie erneut eine Situation geschaffen, in der wie 1953 der Friedenswille der Völker über die Machinationen der imperialistischen Kräfte triumphieren

und die Politik der Koexistenz aufs neue große Erfolge erringen kann. Denn gerade in dieser Situation zeigt sich mit unübersehbarer Deutlichkeit, daß tatsächlich die Koexistenz — ich sagte es schon — die erlösende Idee unserer Zeit ist.

Ich habe versucht, eine Schilderung der gegenwärtigen weltpolitischen Situation im Zusammenhang mit der Koexistenzfrage zu geben. Es ergibt sich aus diesen Darlegungen auch die Frage, was wir zu tun haben. Dabei möchte ich zunächst ein ganz kurzes Wort zu einem Problem sagen, das mit dem Begriff der Koexistenz gegeben ist und gegenwärtig heftig diskutiert wird. Das ist das Problem einer sogenannten ideologischen Koexistenz. Wenn wir danach streben, in der Welt den Frieden zu erhalten, so ist es notwendig, zu verhandeln und zu Lösungen zu gelangen, die die berechtigten Interessen der beiden Seiten berücksichtigen. Im Kampf der Geister ist das etwas anders. In der geistigen Auseinandersetzung wird jedes echte ideologische, weltanschauliche und religiöse System darauf bestehen, daß es die alleinige Wahrheit repräsentiert. In der Wahrheitsfrage gibt es also keine Verhandlungen. Als Christ werde ich auf der absoluten Wahrheit der christlichen Offenbarung bestehen, als Marxist werde ich die unbedingte Richtigkeit der Prinzipien des historischen und dialektischen Materialismus betonen. Zwischen diesen beiden weltanschaulichen Überzeugungen gibt es keine Koexistenz, gibt es Auseinandersetzungen, aber, verehrte Freunde, Auseinandersetzungen, die den wechselseitigen Standpunkt respektieren. Es würde übrigens schlecht um den menschlichen Fortschritt bestellt sein, wenn es keine solche geistige Auseinandersetzung gäbe. Man muß nur darauf achten, daß weltanschauliche Überzeugungen, zum Beispiel das Christentum, nicht zugunsten der imperialistischen Kräfte, zugunsten irgendeiner Machtpolitik mißbraucht werden; man muß weiter darauf achten, daß die geistige Auseinandersetzung so geführt wird, daß sie wirklich auch dem menschlichen Fortschritt dient.

Wenn es also in diesem Sinne keine ideologische Gemeinsamkeit gibt oder kein ideologisches Kompromiß, dann gibt es etwas anderes, dann gibt es die Kooperation. Und die Kooperation müssen wir gerade in Deutschland im Zusammenhang mit der Koexistenz etwas näher betrachten; denn, meine sehr verehrten Freunde, gibt es keine gemeinsame Brücke zwischen Marxismus und Christentum, so gibt es doch Berührungspunkte — und Berührungspunkte, die letzten Endes an die nationale Existenz und an die nationale Zukunft rühren. Denken Sie daran, daß beispielsweise in der großen Frage der Würdigung der Arbeit Christen und Marxisten von den verschiedensten Standpunkten ausgehen und von den unter-



schiedlichsten Wurzeln weltanschaulicher Art herkommen, und doch münden die unterschiedlichen weltanschaulichen Auffassungen praktisch in die Wertung und Würdigung der Arbeit. Nehmen Sie besonders unsere Jugend, wie ich sie so oft in den Betrieben beobachten darf! Ich habe einigen unserer Kirchenführer gesagt: wenn Euch etwas an unserem Staate der Arbeiter und Bauern noch zweifelhaft ist, dann geht hinein in die Betriebe und seht Euch diese schaffende Jugend an, die begeistert ist, das zu vollenden, was Marxisten und Christen aus verschiedener Wurzel weltanschaulicher Art heraus praktisch doch betätigen, nämlich die Hebung des Lebensstandards unseres Volkes und die Formung des Bewußtseins, daß wir für unser deutsches Volk schaffen.

Oder nehmen Sie ein anderes Beispiel. Der Marxismus hat die Losung der Französischen Revolution übernommen: Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Der Christ sagt: die unsterbliche Seele ist vor Gott die gleiche, ob sie in einer gelben, schwarzen oder weißen Haut steckt. Ja, verehrte Freunde, auch hier wieder der Zusammenklang in einer wichtigen Frage, die augenblicklich die Welt bewegt.

Und nun die große Frage des Friedens! Wenn ich auf den großen Friedenskongressen gewesen bin in Stockholm und Helsinki, war ich immer erfreut, dort so viele geistliche Vertreter neben weltanschaulich ganz anders gearteten Männern zu sehen. Aber das war der große Gleichklang, daß man wußte: nur in der Gemeinsamkeit, nur in der Geschlossenheit, nur in der vollen Achtung dieser Berührungspunkte läßt sich die Frage des Friedens lösen.

Natürlich hat die Kooperation der Anhänger unterschiedlicher Weltanschauungen dort eine Grenze, wo Vertreter irgendeiner antihumanistischen, faschistischen Ideologie auftauchen. Mit ihnen ist keine Zusammenarbeit in irgendeiner Weise möglich; Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften wäre Kollaboration, und dieser gilt der unerbittliche politische und geistige Kampf aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte.

Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben. Wir haben — wollen wir dem Frieden in der Welt dienen — die Aufgabe, die Politik der Koexistenz im Weltmaßstab durchzusetzen, und wir können dies, indem wir die Möglichkeiten des Kampfes unter den politischen Bedingungen des Landes, in dem wir leben, ausnutzen. Die einen von uns können dies, indem sie, wie wir, einen Staat aufbauen, der eine neue Gesellschaftsordnung repräsentiert und eine Politik des unbedingten Friedens betreibt; andere wieder werden in der antikolonialen Bewegung für den Triumph des Friedens arbeiten; dritte werden eine

Volksfront unterstützen, durch die eine Wende im bisherigen Verhalten eines bürgerlichen Staates gegenüber der Politik der Koexistenz erreicht werden kann.

So können wir, jeder an seiner Stelle, jeder in seinem Volke, das Unsrige tun, daß Frieden in der Welt einkehre. Wir dürfen aber nie vergessen, daß der Friede nicht nur ersehnt und erfüllt werden kann. Um heute Frieden zu bekommen, muß man wissen, welcher konkrete Weg zu seiner Erhaltung gegangen werden muß. Frieden anstreben heißt heute, den Frieden erkämpfen. Wir können sagen, daß wir diesen Weg kennen: Koexistenz — das ist der Friede!



Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU - Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn - Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lillje - Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut - Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945



- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenßen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN